

Zeno-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postverlandort: Dortmund

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Bezugspreis: Abholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten 2.20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Beleggeld 2.52 Mk. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter. Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realhaustraße 14, Fernsprecher 8054. Annahmestellen für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinslhofer Straße 55 (H. Florad), Burloer Weg 2 (G. Rötten), Schwanenstraße 2 (H. Unland), Sachlenstraße 89 (H. Lotz), Tenfingstraße 14 (R. Dürnbach), Gneisenaustraße 85 (S. Querbach), Potsdamstraße 2 (W. Doves). — Geschäftsstelle Rheide: Deichstraße 28, Fernsprecher Amt Rheide 79.

Nummer 287

Donnerstag, den 17. Oktober 1935

Jahrgang 1935

Ist Italien einer Wirtschaftsblockade gewachsen?

Als sicheres Mittel zur Abtötung des italienisch-äthiopischen Krieges steht der Völkerrundrat die Verhängung von Sanktionen gegen Italien als den Schuldigen am Kriege an. Die ersten Sanktionen sind bereits verhängt. Mit der Aethiopien-Perse für Italien eröffnete England den Kampf. Ihr folgten das Waffenlieferungsverbot für Italien, die Aufhebung der Waffenlieferungen für Äthiopien und eine Kreditperre für Italien. Unentschieden sind vorerst noch die Fragen, wie weit einmal die Ausfuhr aller lebenswichtigen Rohstoffe, besonders Eisen, Erz, Petroleum, Kohle und Baumwolle, nach Italien zu unterbinden ist und zum anderen, wie weit die Einfuhr aller Güter aus Italien boykottiert werden soll. Zwei sehr schwierige Fragen, vor allem deshalb, weil man sich bei strenger Handhabung leicht ins eigene Fleisch schneiden könnte; denn schließlich bedeutet der starke italienische Bedarf für viele Lieferstaaten eine kräftige Wirtschaftsbeförderung und der Ausfall des Warengeschäfts nach Italien Arbeitslosigkeit in manchen Industriebezirken. Aus der Zweischneidigkeit dieser Situation entspringen die in der internationalen Presse stark unterstrichenen Hinweise, die Sanktionen nicht zu überstürzen, da sie ein völlig neues Experiment seien, das vorsichtig angefaßt werden müsse.

Am bedeutsamsten ist natürlich die Frage, wie weit Italien durch die wirtschaftlichen Sanktionen getroffen wird, und zwar in Bezug auf die Finanzierung des Krieges und auf die für die Kriegsführung notwendige Beschaffung von Rohstoffen. Neben der Finanzierungsfrage hat Ende vergangener Woche unser römischer Korrespondent eingehende Darlegungen gemacht. Es genügt daran zu erinnern, daß bis Ende September die Kriegsvorbereitung des italienischen Staat bereits die stattliche Summe von zwei Milliarden Lire (100 Lire gleich 20,24 Mark) gekostet hat; daß sich der Fehlbetrag im laufenden Haushalt bereits im Mai des Jahres auf 2,2 Milliarden Lire belief, daß die Staatsschuld die stattliche Höhe von 105 Milliarden erreicht hat, daß die Golddeckung inzwischen hat herabgesetzt werden müssen, die Silbermünzen eingezogen worden, die Devisenvorräte zurückgegangen sind und trotz alledem Italien Mitte September noch über einen Goldbestand von 4,8 Milliarden Lire verfügte. Er dürfte inzwischen auf wenig über vier Milliarden Lire zurückgegangen sein, so daß sich immer noch ein beachtlicher Goldschub in italienischen Händen befindet. Dieser Goldschub freilich muß um so sorgfältiger gehütet werden, als gerade unter dem Einfluß der Sanktionsstimmung das mit Lieferungen nach Italien verbundene Risiko so groß geworden ist, daß künftig nur Verzögerungen in Frage kommen. Auf der anderen Seite haben aber die sanktionsfreudigen Staaten bereits festgestellt, daß Italiens Goldreserven so groß seien, daß es mit ihnen zwei Drittel seiner Durchschnittseinfuhr der letzten Jahre bezahlen könne. Da es weiter über Auslandsguthaben verfüge, könne es gut und gern bis zum Frühjahr 1937 (??) trotz Einfuhrsperre durchhalten. Wie weit diese Berechnungen sich halten, ist schwer festzustellen, da die Wirkungen der Sanktionen, wie gesagt, gar nicht abzuschätzen sind. Tatsache aber ist, daß die italienische Handelsbilanz mit ihrer beträchtlichen Passivität ein schweres Sorgenkind für den Staat ist. Ende Februar dieses Jahres wurde die Beschränkung der Rohstoffeinfuhr für Italien verfügt in der Erwartung, mit dieser Einfuhrsperre eine Aktivierung der Handelsbilanz herbeizuführen. Tatsächlich ist aber dieses Ziel nicht erreicht worden und die Einfuhrsperre damit völlig erfolglos geblieben. 1934 schloß die italienische Handelsbilanz mit einem Einfuhrüberschuß von 2,4 Milliarden Lire ab. In den ersten acht Monaten 1935 war sie bereits mit 1,7 Milliarden Lire passiv.

Dieser gewaltige Einfuhrüberschuß erklärt sich aus der Tatsache, daß Italien in allen lebenswichtigen Zufuhren für den Krieg gänzlich vom Ausland abhängig ist. Ein paar Zahlen mögen das beweisen: Von der italienischen Einfuhr des Jahres 1934 in Höhe von 7,7 Milliarden Lire entfielen allein 4,8 Milliarden auf die Beschaffung industrieller Rohstoffe, dann folgen die Halb- und Fertigwaren und die Einfuhr von Lebensmitteln. Unter den Rohstoffen, die Italien im Ausland kaufen muß, stehen Kohlen an erster Stelle. Die Inlandserzeugung deckt nicht einmal drei Prozent des gesamten italienischen Kohlenbedarfs. Weiterhin braucht Italien in großen Mengen Erdöl. In den letzten Monaten hat es diesen Bedarf zum weitaus größten Teil in Rumänien gedeckt. Wie verlautet, ist jedoch Rumänien nicht willens, weiterhin Erdöl nach Italien zu liefern, da die bisherigen Lieferungen noch nicht bezahlt sind. Weiterhin braucht es Kupfer, das bisher hauptsächlich aus USA, Chile und Afrika bezogen wurde, sowie Gummi und zum Teil Baumwolle, die freilich in den letzten Monaten bereits durch Kunstseide ersetzt worden ist.

Soweit bisher an Hand der veröffentlichten Zahlen festgestellt werden konnte, sind im letzten Halbjahr die Vorbedingungen Italiens an den genannten Rohstoffen so reichlich gewesen, daß sie immerhin für einige Monate den italienischen Bedarf decken können. Immer vorausgesetzt, daß der Krieg auf Italien und Äthiopien beschränkt bleibt. In den ersten sieben Monaten 1935 stieg die Einfuhrmenge gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um rund 1,8 Millionen Tonnen, und zwar wurden in der Hauptsache Kohlen, Öle, Chemikalien, Eisen, Kupfer, Zink, Zellulose, also typische Kriegsmaterialien, mehr eingeführt. Eine andere Frage freilich ist es, mit welchen Mitteln Italien die noch rückständigen Zahlungen im Ausland und die künftigen Zahlungen leisten will. Es kann praktisch keine Einfuhr, immer vorausgesetzt, soweit sie überhaupt angefaßt der Sanktionen möglich ist, nur aus Frachten und Aus-

landsdiensten (Schiffsverkehr, Fremdenverkehr usw.) und aus den Ausfuhrerlösen bestreiten. Schiffs- und Fremdenverkehr haben aber bereits stark abgenommen, und dürften in den nächsten Monaten noch weiter absinken. Ähnlich verhält es sich mit der Ausfuhr Italiens. Die hauptsächlichsten Ausfuhrerzeugnisse Italiens sind Südtücherei, Wein, Mandarinen, Zitronen, Reis, Seide und Hanf. Zitronen kommen für die Ausfuhr zurzeit nicht mehr oder nur noch in sehr geringen Mengen in Frage, da sie für das Meer in den ostafrikanischen Küstengebieten benötigt werden. Dasselbe gilt für Hanf, der Wolle und Baumwolle ersetzen muß. Mit anderen Worten, die Einnahmequelle der Ausfuhrerlöse ist für Italien auch ohne Sanktionen stark verstopft. Diese Einnahmen müßten um so stärker zurückgehen, falls die Sanktionen sich auch auf den Boykott italienischer Ausfuhrwaren

erstrecken. Bisher waren gerade die Länder, die sich am stärksten für die wirtschaftliche Absperrung Italiens einsetzten, nämlich England und die Vereinigten Staaten, nächst Deutschland und der Schweiz, die besten Abnehmer italienischer Erzeugnisse. Verzichten diese beiden Länder in Zukunft auf die italienischen Lieferungen, so dürfte Italien nur schwerlich Ersatz für diese Kunden finden, da seine Ausfuhrartikel einen gewissen Luxuscharakter haben, den Luxus von Südtücherei und Seiden sich aber nur wohlhabende Staaten leisten können. Die aber stehen in vorderster Linie der Staaten, die die Sanktionen gegen Italien durchzuführen.

Mit anderen Worten: So gut Italien sich auch gegen eine Wirtschaftsblockade zu schützen versucht hat, so können seine Vorbeugungsmaßnahmen doch höchstens einige Monate das Schlimmste fernhalten. Einer Vollblockade dürfte Italien schließlich gewachsen sein.

Ablehnung englischer Flottenverminderung im Mittelmeer.

Der letzte Vermittlungsversuch Laval's und seine Hintergründe.

Die Antwort der englischen Regierung.

London, 16. Oktober.

Ungeachtet des in Rom veröffentlichten amtlichen Dementis wird in der Londoner Presse über den Friedensplan berichtet, den der französische Ministerpräsident Laval am Montag in Paris dem italienischen Botschafter vorgelegt haben soll und allem Anschein nach auch vorgelegt hat.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Tele-

graph“ meldet aus Genf, Laval habe aus eigenem Antrieb gehandelt. Er habe dem italienischen Botschafter erklärt, in Genf stehe die Annahme klarer wirtschaftlicher Sanktionsmaßnahmen bevor. Diese würden einen schweren Druck auf Italien ausüben. Frankreich könne diese Wendung nicht verhindern, es sei im Gegenteil verpflichtet, den Völkerrundrat bei seinem Vorhaben festzuhalten. Laval schneide die besprochenen Vorläufe gemacht zu haben, über die gestern berichtet wurde.

Der Inhalt der Pariser Botschaft sei anscheinend im Laufe des Tages dem britischen Botschafter Sir George Clerk zur Weitergabe nach

London mitgeteilt worden. Man glaube, daß der britische Botschafter Laval erklärt hat, nach seiner Ansicht werde die britische Regierung keine Einigungsgrundlagen billigen, die nicht in erster Linie die Zurücknahme der italienischen Truppen von äthiopischem Gebiet vorsehe.

Die meisten Staatsmänner in Genf, mit denen der Korrespondent gesprochen hat, sind, wie er sagt, der Ansicht, daß der Völkerrundrat nichts zur Förderung einer Vereinbarung tun könne, die eine Aufstellung Äthiopiens zur Grundlage habe. Die Italiener ihrerseits hätten auf den Wilson'schen Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker hingewiesen und den Standpunkt vertreten, daß die äußeren Bezirke Äthiopiens, die von Menelik annektiert worden seien, am liebsten das Joch von Addis Abeba abschütteln möchten.

Nach einer andern Darstellung von englischer Seite soll sich Laval an erster Stelle bemüht haben, eine Verbesserung der britisch-italienischen Beziehungen herbeizuführen. Er habe dabei den schon mehrfach von Mussolini gemachten Vorschlag wieder aufgegriffen,

die Engländer sollten ihre Flotte im Mittelmeer auf den Stand zurückführen, wie er vor der jetzigen Krise üblich war, wogegen sich Italien verpflichte, die Zahl der italienischen Truppen in Libyen ebenfalls auf das vorher übliche Maß zurückzuführen.

Hierzu verdient folgende Reutermeldung aus Rom Beachtung: Man glaubt, daß die Metaxas-Division des italienischen Heeres, die kürzlich von Neapel heimwärts nach Ostafrika abberufen wurde, in Wirklichkeit nach Libyen geschickt worden ist. Die Abberufung war möglichst unauffällig und in großer Eile erfolgt. Viele Soldaten hatten nicht einmal die Zeit, sich mit ihrer Tropenausrüstung zu versehen. Es steht fest, daß die Division nicht durch den Suezkanal gekommen ist. Die italienischen Streitkräfte in Libyen sollen jetzt vier Divisionen umfassen (b. h. es würden dort jetzt mehr Truppen stehen als englische und ägyptische Truppen zusammen in Ägypten).

Wenn in der französischen Presse gestern Appelle an Großbritannien für eine „großherzige Geste“ erschienen, die darin bestehen soll, nicht weiter mit der englischen Flotte im Mittelmeer zu drohen, so steht man in London darin die Begleitmusik zu den Bemühungen Laval's. Sein Vorschlag findet bei den Engländern aber keine Gegenliebe. Die britische Regierung lehnt jeden Friedensschritt ab, der darauf abzielt, die Erfolge des italienischen Vorgehens in Äthiopien zu legalisieren. England will nur eine Lösung durch den Völkerrundrat, dessen Prestige es unter allen Umständen aufrecht erhalten will.

Dementsprechend ist der britische Botschafter in Paris, Sir George Clerk, von seiner Regierung angewiesen worden, dem französischen Ministerpräsidenten mitzuteilen, daß die Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung der von der britischen Flotte erzielten Vorteile Maßnahmen im Mittelmeer bestehen bleibt.

Diese Entscheidung ist in der heutigen Kabinettsitzung getroffen worden, in der man sich mit den Anregungen befaßt hat, die der französische Ministerpräsident zum äthiopisch-italienischen Streitfall am Montagabend in der Unterredung mit dem britischen Botschafter in Paris gemacht hat. Anscheinend in der gleichen Angelegenheit ist heute nachmittag der fran-

Der italienische Vormarsch im Süden zum Stehen gekommen.

Wegen starker Regenfälle . . . - 70 000 Mann Stoßtruppen zur Wiedereroberung von Afum an die Nordfront in Marsch gesetzt.

Der Negus verkündet den „heiligen Krieg“.

Addis Abeba, 16. Oktober.

Auf beiden Fronten in Süd-Äthiopien wird eifrig zu der ersten großen Schlacht des Krieges gerüstet. Die Meldungen, daß der Oberbefehlshaber der Südfront die Gegenoffensive bereits begonnen habe, entsprechen nicht den Tatsachen. Der äthiopische Angriff wird voraussichtlich erst gegen Ende des Monats erfolgen.

An verschiedenen Stellen der Front sind jedoch bereits heftige Kampfhandlungen im Gange, die immerhin soviel erreicht zu haben scheinen, daß

der italienische Vormarsch auf die wichtigsten Städte Sidjichiga und Harar zum Stehen gebracht wurde.

Es zeugt für eine sehr straffe, einheitliche Führung der auf sich losen äthiopischen Heeresgruppen, die unter den verschiedensten Stammesführern und Provinzgouverneuren kämpfen, daß gleichzeitig mit dem Beginn der Generaloffensive im Süden

auch an der äthiopischen Nordfront eine Offensivbewegung eingeleitet wurde. Das Ziel dieses Gegenangriffs scheint zunächst die Wiedereroberung der heiligen Stadt Afum zu sein.

Es wird behauptet, daß der Kaiser nach Eintreffen der Nachricht von der Uebergabe dieser Stadt in einer längeren Konferenz mit dem äthiopischen Oberhaupt der koptischen Kirche beschloß, den „heiligen Krieg“ zur Wiedereroberung der alten Kaiserstadt zu proklamieren.

Der erste Gegenangriff ist allerdings sehr viel weiter nordwestlich von Afum angelegt worden, am Taffez-Fluß, dem Grenzfluß zwischen Äthiopien und Eritrea, wo sich heftige Kämpfe entwickelt haben. Nach römischen Berichten ist es den italienischen Truppen an diesem bisher stets gelungen, starke äthiopische Streitkräfte, die den Uebergang erzwingen wollten, mit großen Verlusten zurückzuschlagen.

Die äthiopischen Armeen im Norden werden unablässig verdrängt. Nach einigen Meldungen wird die große äthiopische Gegenoffensive an dieser Front in den nächsten Wochen erwartet.

Im Norden, wo bisher nur sogenannte irreguläre äthiopische Streitkräfte standen, Bauernmiliz und die Krieger der Grenzstämme, sind jetzt anscheinend auch reguläre Truppen eingesetzt worden.

Nach Meldungen der Agentur Havas aus Addis Abeba hat ein Teil der Truppen des Ras Seyoum den Taffez-Fluß überschritten. Die Truppen des Ras Kassa hätten die Verbindung mit denen des Ras Seyoum hergestellt. Ein Gegenangriff zur Wiedereroberung der heiligen Stadt Afum soll bevorstehen.

In Addis Abeba treffen in Durchführung der Mobilisierung täglich große und kleine Truppen von Kriegern aus dem Innern des Landes ein, deren Gesamtzahl für diese Woche allein auf rund 150 000 Mann angegeben wird. Davon werden 70 000 ausgesuchte Krieger in Stoßtruppen zusammengestellt und unter Führung des Kriegsministers Mulugueta am Donnerstag in Eilmärschen an die Nordfront abgehen.

Die Meldung aus Addis Abeba, wonach der italienische Vormarsch an der Südfront zum Stehen gekommen ist, findet seine Bestätigung in einem Rundpruch des im italienischen Hauptquartier weilenden Kriegsberichterstatters des DFB, in dem es heißt:

Der Vormarsch der italienischen Truppen auf der Somalifront gegen Harar ist nach Befehl von Generalgubi kurz vor Gelahen wegen starker Regenfälle zum Stehen gekommen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Regenfälle bis Ende November anhalten.

Wie Havas aus Direauda meldet, soll Italien beachtlichen, einen großen Teil seiner Somalistruppen nach Eritrea zu schicken. Etwa 1000 Mann sollen bereits unterwegs sein. Italienische Flugzeuge hätten, so heißt es in dem Havas-Bericht weiter, die kleine Stadt Taffara und Abatama in der Provinz Ogaden mit etwa 300 Bomben belegt. Dabei sollen fünf Personen getötet und etwa 20 verletzt worden sein. Ein italienisches Flugzeug habe eine Notlandung in der Gegend von Ossa und ein zweites eine in der Gegend von Asf Taffara vornehmen müssen. Die Befragungen beider Flugzeuge seien von den Äthiopiern gefangen genommen worden.

...me Botschafter im englischen Außenamt erschienen. Reuter weist in diesem Zusammenhang eigens auf die in Londoner amtlichen Kreisen vertretene Ansicht hin, wonach sich die Lage durch die Entsendung weiterer italienischer Truppen nach Äthiopien in den letzten Tagen nicht gebessert habe. Man habe Grund anzunehmen, daß der Flottenvorschlag Lavals von anderen Charakter jedoch nichts verlaute. In London verweise man darauf, daß die britische Flotte im Mittelmeer vor der Anwendung des Artikels 16 zusammengezogen worden sei, und daß es daher im Interesse Englands allein liege, zu entscheiden, ob die Stärke der britischen Flotte unter gewissen Bedingungen vermindert werden solle oder nicht.

Laval hat, wie Reuter weiter meldet, dem britischen Botschafter gegenüber nichts von einer Mitteilung der italienischen Regierung an die französische erwähnt, wonach Italien sich nicht in der Lage sehe, den Brennerpaß ohne französische Hilfe gegen etwaige Angriffe zu verteidigen. Bekanntlich ist in der französischen Presse behauptet worden, daß der italienische Botschafter in Paris dem französischen Ministerpräsidenten am Dienstag eine Mitteilung dieses Inhalts gemacht habe.

Reuter zufolge besteht jedoch jetzt kaum ein Zweifel, daß Laval in letzter Stunde sich ernstlich bemüht, eine verständliche Regelung des italienisch-afrikanischen Streitfalles zu erzielen, bevor der Völkerverbund drakonische wirtschaftliche Sanktionsmaßnahmen ergreift.

In einem Bericht der Press Association wird darauf hingewiesen, daß die Beziehungen zwischen England und Frankreich durch die Unterredungen Lavals mit dem britischen Botschafter unberührt geblieben seien. In ihrer Haltung zur Frage der Friedenssicherung bestähe zwischen den beiden Regierungen enge Zusammenarbeit.

In der Kabinettsitzung wurden außer der englischen Antwort auf die Bemühungen Lavals im Anschluß an einen Bericht Ebens aus Genf über den augenblicklichen

Stand der Sanktionsmaßnahmen die Schritte erörtert, die im Parlament notwendig würden, um diesen Maßnahmen Gesetzeskraft zu verleihen.

Die Rechte in Frankreich gegen Sanktionsmaßnahmen.

(1) Paris, 16. Oktober.

Im Vordergrund des Interesses steht der Versuch Lavals, Mussolini zu einer friedlichen Lösung zu bewegen. Die Absichten des französischen Außenministers werden zwar gebührend gewürdigt, die Zustimmung auf ihren Erfolg ist aber gering. In politischen Kreisen wird nach wie vor betont, daß es sich wahrscheinlich um den letzten Vermittlungsversuch handelt, und daß Italien folglich alles Interesse haben müsse, die Aufgabe Lavals zu erleichtern. Man legt im übrigen Wert auf die Feststellung, daß es sich bei den bereits bekanntgegebenen Anregungen nicht etwa um einen sektiererischen Vorschlag handele, da Laval dazu nicht beugt sei, sondern um einen sowohl Rom wie London vorgelegenen Rahmen für eine friedliche Einigung. Die Haltung Englands in Genf hat ihren Eindruck in Paris nicht verfehlt, doch machen sich, besonders auf der Rechten, nach wie vor Widerstände gegen die Sanktionsmaßnahmen geltend, wobei deutlich innerpolitische Gegenstände zum Ausdruck kommen.

Ueber die Unterredung, die Laval mit dem englischen Botschafter in Paris hatte, glauben die Mänter zu wissen, daß Sir George Clerk eine einseitige Stellungnahme Frankreichs hinsichtlich der Einsetzung des Völkerverbundes verlangt habe; mit anderen Worten, er habe eine unabweisende Antwort auf die letzte englische Note gefordert, in der England bekanntlich die Frage der Unterdrückung der englischen Flotte im Mittelmeer aufgeworfen hat, und auf die Frankreich mit Gegenforderungen antwortete. Laval, so schreiben „Echo de Paris“ und „Deuxième“, habe auch auf diese zweite Aufforderung ausweichend geantwortet und sich Bedenkzeit erbeten. Es heiße außer Zweifel, so schreibt das „Echo de Paris“, daß die Haltung der französischen Regierung in keiner Weise den englischen Erwartungen entspreche, und es wäre falsch, wollte man sich die Laune verheißeln, daß die französisch-englischen Beziehungen von heute sich in sehr enger Form in der Zukunft auswirken könnten.

Nationalsozialismus und Glauben.

Reichsminister Kerl vor dem Wirtschaftsrat der Deutschen Akademie.

DNB Berlin, 16. Oktober.

Der Wirtschaftsrat der Deutschen Akademie veranstaltete am Mittwochnachmittag im Hotel „Kaiserhof“ einen Empfang dem ansehnlichen führenden Vertreter des diplomatischen Korps sowie des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens betreuend. Im Mittelpunkt des Empfanges stand eine große Rede des Reichsministers Kerl über „Nationalsozialismus und Glauben“.

In seiner von gläubiger Leidenschaft durchdrungenen Ausführungen zeichnete der Redner ein eindrucksvolles Bild von der revolutionären Idee Adolf Hitlers und von dem Gottglauben der nationalsozialistischen Idee.

Der Wirtschaftsrat der Deutschen Akademie, der sich aus hervorragenden Vertretern und Unternehmern der deutschen Wirtschaft zusammensetzt, hat die Aufgabe, die ideale und materielle Mitarbeit deutscher Wirtschaftsführer an den Aufgaben der Deutschen Akademie zu organisieren und ihre Auslandsbeziehungen der Weltgeltung deutscher Kultur nutzbar zu machen.

Der Präsident der Deutschen Akademie, Generalmajor a. D. Prof. Dr. Hausdörfer, erinnerte in seiner Ansprache daran, daß die Akademie 1924 in einer Zeit tiefsten Niederganges geschaffen wurde, um der kulturellen Weltgeltung eines wiedererstandenen deutschen Volkes zu dienen. Die Deutsche Akademie wolle bei allen Vätern der Erde Liebe und Verständnis für deutsche Kultur wecken. Es wies darauf hin, daß ähnliche Institute in anderen Ländern zum Teil schon seit mehreren hundert Jahren bestünden, und betonte abschließend, daß auch die Deutsche Akademie für die Jahrhunderte wirken wolle.

Dann nahm, von lebhaftem Beifall begrüßt, Reichsminister Kerl das Wort zu seiner Rede. Der Redner befaßte sich zu Beginn seiner Ausführungen eingehend mit den Stimmen aus dem Ausland, die Äußerungen der Behauptung ausstellten, das neue Deutschland sei rassenfeindlich, rassenmäßig, rassenmäßig geworden. Hier liegt Mißverständnis vor, das durch persönliche Äußerungen am allerbesten geklärt werden könnten. Denn in keinem Kontakt mit solchen Stimmen aus dem Ausland stehe das neue Deutschland, das es dem Nationalsozialismus gelungen ist, Kommunismus und Gottlosenbewegung niederzuschlagen und völlig auszuwischen.

In Deutschland herrscht die „nationalsozialistische Idee“, wie sie der Führer selbst bezeichnet. Ueber Ideen zu streiten, ist gewisslos. Ideen kommen aus dem Glauben. Erfolg oder Mißerfolg entscheiden über ihre Gültigkeit. Der Minister zog, um die heutige Lage Deutschlands verständlich zu machen, einen Vergleich mit dem kopernikanischen Zeitalter. Das neue Weltbild des Kopernikus ist aus dem Glauben entstanden. Heute bestehen die Religionen weiter neben der damals neuen kopernikanischen Anschauung der Welt.

Seitdem sind 400 Jahre verstrichen. Uns hat die Not zur Befreiung gezwungen, hat unsere Blinde in eine andere Richtung gelenkt. In der Stunde der größten Gefahr erglänzte die Stimme eines einjüngigen, unbekannten Mannes. In dem Chaos der Nachkriegszeit rief der Führer zur neuen Befreiung, forderte neue Menschen, einen Glauben, der Berge versetzen kann. Dieser Glaube ist das neue, ist das Geheimnis unseres Kampfes und unseres Sieges, dieser Glaube, der keine Sache eines Dogmas oder der Gewissheit ist, sondern der die neue Welt geschaffen hat und verbreitet: Nationalsozialismus und Sozialismus sind in Wahrheit dasselbe. Das neue Werden liegt in uns, in unserm Blute. Das haben wir erkannt und erlebt, so fuhr der Minister fort, daß hier die uns von Gott gegebene Gemeinschaft liegt, in die er uns hineingestellt hat, das Volk, das aus Familie, Sippe und Stamm geworden ist. Organisch aus Gottes Willen gewachsen, und nicht entstanden durch irgendwelche Kriege um Grenzen oder Landstücke.

So gab uns der Führer die neue Idee, die einst revolutionierend und weltumwälzend sein wird wie jene vor 400 Jahren. Sinn und Zweck des einzelnen ist die Nation, die Erhaltung ihres Bestandes, für uns also die deutsche Nation. Nach diesem Grundgesetz gestalten wir das Gemeinschaftsleben unserer Nation. Was es nicht ist selbstverständlich, daß wir heute dasselbe hören

wie Kopernikus vor 400 Jahren: „Anathema! Das ist Vergottung der Rasse und unchristlich.“

Man kann die Konfessionen fragen: Was habt ihr gegen diese Lehre? Wo trübt sie euch? In Wahrheit trübt sie die Religion nirgendwo. Wartet doch ab! Ihr könnt ja doch abwarten und ihr werdet es erleben, daß unsere Idee in keiner Weise in das Gebiet der Religion kränkelnd eingreift. Aber ihr werdet gleichzeitig erleben, daß alle Weltgeheimnisse unter der Idee Adolf Hitlers neu erstrahlen und von der Erkenntnis der Rassenfrage ebenso selbstverständlich bestrahlt werden wie vor 400 Jahren von der Erkenntnis der Umdrehung der Erde. Religion und Konfessionen haben nichts mit den praktischen Dingen des Lebens zu tun, sondern mit denen des Glaubens. Wir überlassen es der Religion, das Wesen der Dinge zu erklären und dogmatisch zu fallen.

Wir verlangen aber, daß sie nicht gottlos sind. Denn der Nationalsozialismus bedingt Gottesglauben. Jeder Nationalsozialist muß religiös sein, nur die Form seines Glaubens ist seine Sache. Der Artikel 24 des Grundgesetzes ist unumstößlich, der Nationalsozialismus steht zum positiven Christentum. Ich kenne die Lehre Jesu und bekenne mich zu ihr als evangelischer Christ. Ich bekenne aber gleichzeitig, daß mir die wahre Lehre Christi erst im nationalsozialistischen Kampf aufgegangen ist, denn da habe ich erlebt, was es heißt: Der Glaube kann Berge versetzen.

Wenn wir den Glauben hatten, haben wir erreicht, was wir erreicht haben. Nicht, weil wir redeten, sondern weil wir positives Christentum lebten, hörte Deutschland auf uns. Die Liebe des Nächsten gegenüber zu leben, wie in die Tat um, als praktische Liebe zum Nächsten, den Gott uns gegeben hat, den Volksgenossen der deutschen Nation.

Mußten die Konfessionen nicht einen solchen Staat mit Freuden begrüßen? Was aus der Lehre des Christentums herausgewachsen ist, das fordern wir vom Menschen. Nicht unsere Taten widersprechen Gott, wohl aber hat es viele Taten von christlichen Predigern gegeben, die sich zu Gott in Widerspruch setzten. Es gibt allerdings Verbände in Deutschland, die mit der Kirche nichts zu tun haben wollen, aber mit Gott wollen sie alle zu tun haben und sie streiten sich nur um die Form ihres Glaubens. Das geht uns als Staat aber nichts an. Wir greifen in die Majestät des Glaubens des einzelnen nicht ein. Die christliche Religion braucht keine Furcht zu haben, wenn sie sich in praktischer Liebe betätigt. Auf diesem Boden werden wir uns in einer idealen Kontinuität immer treffen und im ewigen Weltfrieden prüfen.

Das sind die Gesichtspunkte, erklärte der Minister, unter denen ich an meine Aufgabe herangegangen bin. Als ich mit einzelnen Pfarrern erst aufzusuchen, habe ich gemerkt, daß wir gar nicht weit auseinander sind.

Ich habe den katholischen Priestern gesagt, daß ich nicht daran denke, irgendwas in Glaubensdinge einzugreifen. Ich habe den evangelischen Pastoren gesagt, daß ich keinen Wert auf eine Staatskirche lege. Denn ich wünsche mir eine evangelische Kirche, die aus innerer Überzeugung und freiwillig zu unserem Staat kommt. Und sie muß dahin kommen, wenn sie leben will, denn sie hat mit den gleichen Volksgenossen zu tun, mit denen wir zu tun haben, mit der Volksgemeinschaft, in die Gott uns hineingestellt hat.

Nicht ich, sondern das Schicksal hat sie vor diese Frage gestellt, sie möge sich in Freiheit unter diese Lasten beugen. Die Spitze unserer Nation marschiert, das Gros hat sich formiert. Dahinter herrscht noch Lärm und Streit und das hat man für eine entscheidende Realität gehalten. Die wahre Realität ist aber eine andere: Dieses Volk marschiert mit dem Führer! Ich zwinge niemandem dazu, mitzumarschieren. Wenn ihr eure Aufgabe erfüllen wollt, dann müßt ihr mit dem Volk sein und ihm auf seinem Wege stehen. Entweder die Kirche marschiert mit oder sie bleibt allein in ihrer absoluten Kirche und wird eines Tages die Nacht um unser Volk am Horizont verschwinden sehen. Ich habe nach Überlegung meines neuen Amtes drei Monate nach den Männern gesucht, die geeignet sind, die Leitung des evangelischen Kirchen zu übernehmen. Ich habe sie gefunden und ihnen gesagt: In geistlichen Dingen hilft nicht das Kommando, sondern Überzeugung und Gemeinschaft. Ihr habt die Berufung in eurer Hand. Betretet euch frei und in der Verantwortung vor der evangelischen

Kirche, die wieder werden muß über die Grundzüge eurer Leitung.

Es war einer der glücklichsten Tage meines Lebens, als diese 13 Männer des Reichstagesauschusses und des Ausschusses der altpreussischen Union mir eine einstimmige und einmütige Erklärung übergaben, die sie unter sich gefunden hatten, ohne daß ich ein Wort dazu gesagt hatte, und die sie gefunden hatten unter der Mitarbeit eines Mannes, wie des Generalsuperintendenten Joellner, einer der geachteten und bekanntesten Führer des protestantischen Lebens. Als ich diese Erklärung gelesen habe, habe ich sie mit der Leitung der evangelischen Kirche beauftragt, Männer, die aus allen Lagern der in sich immer noch uneinigten evangelischen Kirche kommen.

Ich sage nicht zu viel, wenn ich glaube, daß sich damit eine Wendung im deutschen Volk vorbereitete, und daß das deutsche Volk auf diesem Wege auch anderen Völkern noch viel zu sagen haben wird. Die protestantische Welt immer unter der Führung Deutschlands. Die Bekehrung, die im Ausland laut geworden ist, daß aus der

protestantischen Welt Deutschland ausschließen wird, ist unbegründet. Noch nie ist das religiöse Leben in unserm Lande so lebendig gewesen wie heute, aber wir wissen, daß das alles langsam und organisch wachsen muß. Und ich weiß, daß es wachsen wird, und daß gerade die vergangene Zeit in diesem Wachstum ihre Frucht tragen wird.

In dieser Überzeugung habe ich mein Wort in die Hand genommen. Was wir tun, tun wir im besten Sinne für die Menschheit. Denn die nationalsozialistische Idee hat den Vorzug, daß sie keinerlei Imperialismus kennt. Sie weiß, daß man Menschen nicht germanisieren kann. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, den Bestand des deutschen Volkstums zu sichern. Man soll auch nicht von einem „bedauerlichen Ringen“ innerhalb der Kirche sprechen, sondern von einem wertvollen Ringen, unerhörten Ringen, von dem die Welt außerordentlich viel zu erwarten hat. Dadurch tragen wir gemeinsam mit anderen Völkern dazu bei, die Völkerverständigung zu ermöglichen und die erhabenen Ziele der Menschheit durchzuführen.

Blutige Streikkravalle unter Tage.

Bedrohliche Lage im Kohlenrevier von Südwales.

London, 16. Oktober.

Im Kohlenrevier von Südwales, wo seit Samstag zahlreiche organisierte Bergleute zum Teil unter Tage streiken, weil die Bergwerksleitung sich weigert, die nicht gewerkschaftlich organisierten Bergleute zu entlassen, kam es am Mittwoch nachmittag zu blutigen Zusammenstößen zwischen Angehörigen des Bergarbeiterverbandes und gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeitern. Insgesamt wurden 40 Personen mehr oder weniger schwer verletzt, von denen sich die meisten in ärztliche Behandlung begeben mußten. Es dürfte in der Geschichte der Arbeitskämpfe wohl erstmalig sein, daß sich die Zusammenstöße unter Tage abspielten.

In die Trelewis-Grube waren am Mittwoch 70 Gewerkschaftler eingeschoben, um sich ihren bereits in der Grube weilenden Arbeitskameraden bis zur Erfüllung ihrer Forderungen anzuschließen. Gleichzeitig hatten sich 150 gewerkschaftlich nicht organisierte Bergarbeiter entschlossen, als Streikbrecher in dieselbe Grube einzufahren.

Die Folge war ein erbittertes Handgemenge. Als die ersten Verwundeten an die Oberfläche gebracht wurden, strömten Tausende von Menschen in der Umgebung der Grubenanlage zusammen, wobei sich eine bedrohliche Lage entwickelte. Den in aller Eile herbeigeelegenen Polizeistreikkräften, die einem regelrechten Steinhaufen ausgesetzt waren, gelang es erst nach längerer Zeit, die unmittelbare Umgebung der Grube von der erregten Menge zu säubern.

In der Nine Mile Point-Grube, wo die Auseinandersetzungen ursprünglich vor fünf Tagen ausgebrochen waren, ergielten die Gewerkschaftler infolge eines Erfolgs, als es der Grubenverwaltung nicht gelungen war, die Streikbrecher an ihre Arbeitsplätze zu bringen, weil die Eisenbahner geweigert hatten, den hierfür vorgesehenen Zug abzufertigen. Im gesamten Streikgebiet haben bis Mittwoch nachmittag insgesamt 10 000 Bergleute die Arbeit niedergelegt.

Nach einer neueren Meldung ist auf der Taff Merthyr-Grube die Polizei am Mittwoch nachmittag mit dem Gummiknüppel gegen die Volksmenge vorgegangen. Hierbei wurden zwei Polizeibeamte mehr oder weniger verletzt. In der gleichen Grube wurde ein Eisenbahner, in dem sich nichtgewerkschaftlich organisierte Arbeiter befanden, mit Steinen beworfen, wobei sein Fenster zertrümmert wurde. Mehrere Berichte liegen aus anderen Teilen von Südwales vor.

Der 9. November 1935 im Zeichen der deutschen Freiheit.

München, 16. Oktober.

Der Traditionsbau München-Oberraden, der vom Führer besucht wurde, die Vorarbeiten zur Durchführung der Feier anläßlich des 12. Jahrestages des Schicksalsmarsches der Bewegung vom Bürgerbräukeller zur Feldherrnhalle in Angriff zu nehmen, hat bereits seine Arbeiten begonnen.

Der 12. Jahrestag des Schicksalsmarsches der Bewegung steht im Zeichen der vom Führer für alle Zeiten wiedereroberten Freiheit des deutschen Volkes. Am 9. November 1923 erhält darum die Gedenkfeier für die Helden des 8. November 1923 einen neuen tiefen Sinn. Deshalb wird im Anschluß an den Marsch der alten Kämpfer vom Bürgerbräukeller zur Feldherrnhalle am 9. November 1935 die Ueberführung der 16 Gefallenen in Ehrenempfen am Königsplatz erfolgen. Der Weg von der Feldherrnhalle bis zu den Ehrenempfen soll veranschaulichen den Sieg und die Wiedererhebung des Freiheitsglaubens der Gefallenen und die Erfüllung des Vermächtnisses, für das sie vor 12 Jahren ihr Leben geopfert haben.

Auf dem Königsplatz findet zusammen mit dem letzten Appell die Siegesfeier der Gefallenen im Jahre der Freiheit statt.

Nachwuchs des Roten Kreuzes nur aus der Hitler-Jugend.

DNB Berlin, 16. Oktober.

Wie der Reichsjugendführer bekanntgibt, ist zwischen der Reichsjugendführung und dem Deutschen Roten Kreuz eine Vereinbarung getroffen worden, daß in Zukunft der gesamte jugendliche Nachwuchs des Deutschen Roten Kreuzes ausschließlich durch die HJ übergeführt wird. Damit erbringt sich die Weiterführung eigener Jugendgruppen des Deutschen Roten Kreuzes.

Die in den Jugendgruppen des Deutschen Roten Kreuzes befindlichen Jugendlichen unter 18 Jahren, die noch nicht der HJ angehören, werden bei Einigung bis zum 30. Juni 1936 in die HJ übergeführt. Das Deutsche Rote Kreuz stellt auf Anforderung Beiträge für die selbstbeständige Einzelanstellung der HJ. Zur Ergänzung seines Nachwuchses fordert das Deutsche Rote Kreuz alljährlich bis zum 30. Juni seinen Bedarf an Nachwuchsbildung bei der Reichsjugendführung an. Die Reichsjugendführung verpflichtet sich, am 9. November jeden Jahres die Anforderungen zu erfüllen.

Als weibliche Hilfskräfte des Deutschen Roten Kreuzes dürfen im Alter von 18 bis zu 20 Jahren, unbeschadet ihrer weiteren Zugehörigkeit zum BDM, in Zukunft nur noch Mitglieder des BDM ausgebildet und verpflichtet werden. — Notwendige Sonderregelungen erfolgen nur durch Vereinbarung zwischen der Reichsjugendführung und dem Deutschen Roten Kreuz, Hauptverwaltung.

„Selbkreuz“ im Berliner Verkehr.

Energische Maßnahmen gegen hartnäckige Sünder.

Berlin, 16. Oktober.

Die Steigerung des Verkehrs legt den Großstädten immer neue Probleme vor. Es handelt sich nicht nur darum, den Straßenbau den Bedürfnissen des gesteigerten Kraftwagenverkehrs anzupassen, sondern auch darum, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und die Unfälle auf ein Mindestmaß zu beschränken. In letzterer Beziehung bietet die Reichshauptstadt Berlin ein betrübendes Beispiel, denn sie steht in der Statistik der Verkehrsunfälle an der Spitze aller Länder. Im Jahre 1924 betrug die Zahl dieser Unfälle in Berlin 11 000 (davon 140 Tote und 4800 Verletzte). Im Jahre 1934 waren es 28 400 Unfälle (darunter 377 Tote und 11 057 Verletzte). In den ersten neun Monaten des Jahres 1935 sind schon 20 800 Unfälle gezählt, die 289 Todesopfer und 9100 Verletzte zur Folge hatten.

Seit einigen Jahren werden in immer schärferer Weise Maßnahmen ergriffen, um die Verkehrsschuldisziplin zu erhöhen. Am besten haben sich in den Großstädten nach Ansicht der Polizei die Führgänge an die Verkehrsregeln gehalten, am meisten wird mit Recht und Unrecht über die Radfahrer geklagt und nicht minder über das Geräusch, das die Motorräder verursachen.

In Berlin sind 3. J. neue Verschärfungen der Strafbestimmungen angeordnet worden, die die Polizei über einige Tage eine genaue Kontrolle aus, dann sollen aber strengere Strafen gegen Uebertretungen einleiten. Radfahrer, die gegen die Verkehrsregeln verstoßen, sollen dadurch bestraft werden, daß ihnen die Luft aus dem Schlauch genommen wird. Motorradfahrer, die durch grobe Verstöße die Ursache von Unfällen geworden sind, sollen durch ein gelbes Kreuz auf dem Kopflicht des Motorrades gekennzeichnet werden. Bei Automobilen soll das gelbe Kreuz auf der Windschutzscheibe angebracht werden. Kraftfahrzeuge, die der wiederholten Kontrolle der Polizei bedürftig werden durch einen gelben Ring bezeichnet.

Selbstverständlich werden gegen solche Anordnungen auch Bedenken erhoben. Darauf wird aber geantwortet, daß diese Maßnahmen für Ausnahmefälle schwerer Art vorgesehen sind und daß sie für den Betroffenen weniger hart erscheinen, als die Einziehung des Führerscheins. Auch der Mißbrauch, der durch übermäßige Anwendung von Verkehrsregeln ausübt wird, die den Lärm der Stadt vergrößern, soll zukünftig bestraft werden. Die Behörden wollen in jeder Form erzehetlich wirken und nur bei besonderen Fällen zu den verschärften Maßnahmen greifen, die jetzt angeordnet sind. Insbesondere will man es auch weiter der Verantwortung des einzelnen Fahrers überlassen, welche Geschwindigkeit er für seinen Kraftwagen in der Stadt wählt.

Weniger Bahne — dafür mehr Butter.

DNB Berlin, 16. Oktober.

Die deutsche Milchwirtschaftliche Hauptvereinigung hat die Molkereien angewiesen, die Herstellung und den Verkauf von Schlag- und Kaffeelaktose um 40 Prozent ihrer bisherigen Erzeugung zu vermindern und die dadurch freiwerdenden Räumlichkeiten zu Butter zu verarzbeiten. Dadurch tritt eine gleichmäßige Kürzung der Rationierung für alle Kaffeewirtschaften, Kaffeefabriken und Konditoreien ein. Diese vorübergehende Einschränkung des Schlages ist notwendig, um ein lokales Erfordernis, denn die der Kaffeefabrikation sind den Schlageshlageneu gestärkt, muß der normale Selbstbedarf der weniger kaffeehaltigen Bevölkerung gedeckt werden.

Ein Getreidelagerhaus niedergebrannt.

Ungeheurer Schaden.

DNB Karlsruhe, 16. Oktober.

Im Lagerhaus der Getreide-Lagerhaus-Gesellschaft Eppingen, und zwar im Mittelbau, brach Dienstag nacht aus unbekannter Ursache Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit ausbreitete.

Der Mittelbau und auch ein Anbau, in dem sich die Büro- und Lagerhäuser befanden, brannten vollständig nieder. Während der große Silobau, der erst vor einigen Jahren aus Eisenbeton errichtet wurde, von den Flammen nicht angegriffen werden konnte, wurden doch die dort lagernden Vorräte fast in Mitleidenhaft gezogen. Die teiligen eingelagerten Bestände in den anderen dreiflügeligen Bauten wurden vom Feuer vollständig vernichtet.

Angeschätzt sollen 48 Eisenbahnwagen Weizen, 300 Ztr. Zuder sowie große Mengen Futtermittel, Mehl, Getreide in den einzelnen Räumlichkeiten eingelagert gewesen sein. Auch die zahlreichen Geräte und Maschinen wurden in Rauch und Flamme. Glücklicherweise gelang es, aus den Gebäudetrümmern die Bücher und Papiere zu retten. Der Schaden soll nach bisherigen Schätzungen ungefähr 600 000 Mark betragen.

Verlangen Sie stets ausdrücklich

MAGGI Würze und achten Sie genau darauf, daß Ihr Fläschchen aus MAGGI großer Originalflasche gefüllt wird. In dieser darf nach dem Gesetz nichts anderes feilgehalten werden als

MAGGI WÜRZE

„MAGGI“ ist nicht eine allgemeine Bezeichnung für Suppenwürzen, sondern die gesetzlich geschützte Fabrikmarke für alle MAGGI-Produkte



Frei

Die Freiheit ist das höchste Gut, das es gibt. Sie ist die Grundlage aller menschlichen Tugenden und die Voraussetzung für den Fortschritt der Menschheit. Jeder Mensch hat das Recht auf Freiheit, und es ist die Aufgabe aller Regierungen, dieses Recht zu schützen und zu fördern.

Die Freiheit ist nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht. Jeder Mensch hat die Pflicht, die Freiheit anderer zu achten und zu fördern. Nur in der Freiheit kann der Mensch seine volle Entfaltung finden und seinen Beitrag zum Wohle der Menschheit leisten.

Die Freiheit ist das Fundament der Demokratie. In einer demokratischen Gesellschaft ist die Freiheit des Einzelnen geschützt, und die Regierung ist verpflichtet, die Interessen der Bürger zu vertreten. Nur in der Freiheit kann die Demokratie leben und gedeihen.

Die Freiheit ist das Ziel aller menschlichen Bestrebungen. Sie ist das höchste Gut, das es gibt, und es ist die Aufgabe aller Menschen, sie zu erlangen und zu bewahren. Nur in der Freiheit kann der Mensch sein Leben in Würde und Frieden verbringen.

nsgr. Kaldorf, 16. Oktober.

